BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 05. März 2007

Pressemitteilung

Landesregierung will Rudersberg im Verkehr ersäufen

Palmer: Planungen für L 1148 sind ein Schildbürgerstreich

Nach seinem Besuch in Rudersberg im Dezember letzten Jahres hat der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer zehn Fragen zum geplanten Neubau der L 1148 im Wieslauftal an die Landesregierung gerichtet. Die nun vorliegende Antwort ist für Palmer „ein Aufruf zum Widerstand."

Die Landesregierung bestätigt, dass die neue Trasse bis auf 30m an die zu umfahrenden Ortschaften heranrückt und über weite Strecken kaum 100m von der Wohnbebauung abrückt. Palmer: „Das ist keine Ortsumfahrung, sondern eine Ortsrandverlärmungsstraße. Wenn diese Straße gebaut wird, gibt es nachher mehr Betroffene als vorher."

Verschlimmert wird das Problem noch durch die Tatsache, dass die Trasse wegen der Lage im Überschwemmungsgebiet auf längeren Strecken in Dammlage geführt werden muss. Im Klartext: Die Straße wird erhöht gebaut und der Schall breitet sich entsprechend weiter im Tal aus.

Inwieweit dem durch Schallschutzmaßnahmen abgeholfen werden kann, ist noch nicht geklärt. Nur für den Bereich von Miedelsbach steht bereits fest, dass Lärmschutzwälle und passive Schallschutzmaßnahmen notwendig sind. Dahinter verbergen sich Lärmschutzfenster. Für die Betroffenen heißt das: Ruhe gibt es nur noch bei geschlossenem Fenster. Und der Blick aus dem Haus endet an einer Lärmschutzmauer, die auf einem Straßendamm aufsetzt und entsprechend hoch ist.

Die Kosten der Maßnahme beziffert die Landesregierung auf 15 Millionen Euro. Damit kann jedoch nur der Abschnitt zwischen Haubersbronn und Rudersberg bezahlt werden. Die Fortsetzung mit einer Umgehung von Rudersberg bis zur Rettichkreuzung will die Landesregierung nicht angehen.

Innenminister Heribert Rech: „Eine Aufnahme der Planung der Westumgehung Rudersberg durch das Land kann vor dem Hintergrund der begrenzten Finanz- und Personalressourcen und der Tatsache, dass sich das Land im Wieslauftal schon sehr stark um Landesstraßenbau engagiert, derzeit nicht erfolgen. Auch wegen der voraussichtlich hohen ökologischen Risiken und der im Vergleich zu den anderen Abschnitten geringeren Dringlichkeit ist die Planung zunächst zurückzustellen."

Ebenso lehnt die Landesregierung verkehrslenkende Maßnahmen ab. Ein LKW-Verbot auf der L 1080 zwischen Rudersberg und Allmersbach komme nicht in Betracht. Für Rudersberg wird die neue Straße im Wieslauftal also nur eine Belastung bringen. Der Innenminister rechnet mit 700 Fahrzeugen zusätzlich pro Tag. Boris Palmer fürchtet, dass die Zahl in der Realität noch weit höher sein könnte.

Für Palmer ist es völlig unverständlich, dass die Landesregierung anstrebt, die neue Straße im Wieslauftal möglichst zeitnah zu bauen. „Die Regierung kann noch nicht sagen, wo das Geld für die Straße her kommt. Die Regierung weiß, dass die Straße die Ortsränder von Miedelsbach, Michelau und Schlechtbach massiv verlärmt. Die Regierung gibt zu, dass die Straße auf Dämmen gebaut und mit Lärmschutzwänden errichtet werden muss. Die Regierung gibt zu dass, die Straße mehr Verkehr nach Rudersberg zieht und vertagt eine Entlastung für Rudersberg auf den St. Nimmerleinstag. Und trotzdem will sie bauen lassen. Das ist ein Schildbürgerstreich den nur noch die Bürgerinnen und Bürger verhindern können. Wenn die Landesregierung Rudersberg im Verkehr ersäufen will, ist es höchste Zeit für Widerstand."